

## DPG-Rundbrief – Juni 2019

**DPG-Studientagung 2019 mit Jahreshauptversammlung**  
Freitag, 28.6.2019 um 16:00 Uhr bis Sonntag, 30.6.2019 um 14:00 Uhr  
**Palästina im Fokus der regionalen und internationalen Politik**  
Koptisch-Orthodoxes Kloster  
Brenkhausen- Höxter

**Unbeirrt und unbeeindruckt von den sehr vielen Stellungnahmen zeigten die Bundestagsabgeordneten, die dem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen „Der BDS-Bewegung entgentreten – Antisemitismus bekämpfen“ zugestimmt haben ihre mangelnde Fähigkeit eine differenzierte Betrachtung vorzunehmen.**

### **1. Deutschland düpiert den Kampf gegen den Antisemitismus**

von Avraham Burg, früher Knesset-Sprecher und Dani Karavan

Auszug

#### **Gefährliche Gleichsetzung**

„Wir fragen die deutsche Regierung: Glauben Sie wirklich, dass es eine Ähnlichkeit zwischen dem Boykott einer Flasche Wein, die in den besetzten Gebieten auf von Siedlern gestohlenem Land, die von der stärksten Armee in der Region geschützt werden, produziert wurde, und dem Boykott eines Geschäfts in Nazi-Deutschland gibt?“

Wer diesen Vergleich zieht, befleckt die Erinnerung an den Holocaust und untergräbt massiv die Balance der Verpflichtungen in Deutschlands Nachkriegszeit. Schlimmer noch: Die Entscheidung beschädigt den Kampf gegen den wahren Antisemitismus, der im europäischen Nationalismus seinen Ursprung hat und heute von Teilen der muslimischen Gemeinschaften in Europa kommt.

Die Entscheidung des Bundestages vermischt den Kampf gegen den Antisemitismus mit der Unterstützung der israelischen nationalistischen Agenda, wodurch große Teile der Bevölkerung [in Deutschland] verlorengehen, die andererseits den Kampf gegen den Juden Hass in eben diesen Gemeinschaften bekämpfen.

Mehr noch: Die Resolution des Bundestages schränkt die Meinungsfreiheit ein, einer Säule jeder liberalen Demokratie. Deutschland hat eine Vielzahl Einrichtungen, die den Verpflichtungen der Nachkriegszeit und den liberalen Traditionen der EU loyal gegenüberstehen. Sie können bestimmen, was die Grenzen der Kritik an Israel sind und wann diese Kritik tatsächlich Antisemitismus repräsentiert.

Doch der Bundestag hat all diese Ecksteine umgangen und hat willkürlich und falsch bestimmt, was Antisemitismus sei. Das ist sehr gefährlich auf einer glitschigen Böschung.“

<https://www.jrbernstein.de/blog-1/2019/6/17/deutschland-dpiert-den-kampf-gegen-den-antisemitismus>

### **2. EuGH-Generalanwalt „Waren aus israelischen Siedlungsgebieten genau kennzeichnen“**

Waren aus den von Israel besetzten Gebieten müssen nach Ansicht des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs eindeutig als solche gekennzeichnet werden.

Generalanwalt Hogan erklärte in Luxemburg, die EU-Vorschriften zur Kennzeichnung von Produkten berücksichtigten auch ethische Gesichtspunkte. Da die israelische Siedlungspolitik als klarer Verstoß gegen das Völkerrecht anzusehen sei, könne hier aus Sicht des Verbrauchers ein

solches Kriterium vorliegen. Das Fehlen des genauen Herkunftsorts aber würde irreführen. Die Rechtsauffassungen des Generalanwalts besitzen in der Regel ein hohes Gewicht bei den Beratungen des Gerichts.

In dem Fall hatte der französische Staatsrat den EuGH angerufen. In Frankreich muss die Herkunft von Waren aus den besetzten Gebieten seit 2016 angezeigt werden. Dagegen hatte es Klagen gegeben.

[https://www.deutschlandfunk.de/eugh-generalanwalt-waren-aus-israelischen-siedlungsgebieten.2932.de.html?drn:news\\_id=1017182](https://www.deutschlandfunk.de/eugh-generalanwalt-waren-aus-israelischen-siedlungsgebieten.2932.de.html?drn:news_id=1017182)

### **3. Der Versuch der Kriminalisierung des Internationalen Bündnis ist gescheitert**

Die Kündigung des Kontos des Internationalistischen Bündnisses ist unwirksam. Die Sparkasse Witten muss das Konto für das Internationalistische Bündnis weiter führen. Die Sparkasse Witten hatte im August 2018 das Konto nach Verleumdung durch den Journalisten und Antideutschen Stefan Laurin gekündigt. Dieser unterstellte dem InterBündnis die Unterstützung von Terroristen und bezichtigte sogar die Sparkasse Terrorismusunterstützung zu betreiben. Die Klage des InterBündnis dagegen wurde durch eine breite Protestbewegung begleitet.

<http://www.internationalistische-liste.de/presseerklaerung-der-koordinierungsgruppe-des-internationalistischen-buendnisses-zum-prozessausgang-internationalistisches-buendnis-gegen-sparkasse-witten/>

### **4. Das Jüdische Museum Berlin erneut unter Beschuss der Israel-Lobby**

Der Direktor des Jüdischen Museums Berlin, der Judaistik-Professor Peter Schäfer, ist am Freitagabend mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurückgetreten. Der 75-Jährige war fünf Jahre an der Spitze des größten jüdischen Museums Europas gestanden. Mit seinem Schritt, ließ er Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) wissen, wolle er weiteren Schaden von dem Haus abwenden.

Schäfers Rücktritt kommt nicht ganz überraschend. Der Streit, wie mit der anti-israelischen Boykottbewegung BDS umgegangen werden soll, hatte das Jüdische Museum in den vergangenen Tagen erneut in die Schlagzeilen gerückt. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte einen Präzedenzfall geschaffen und zuvor den Kontakt zu dem Museum abgebrochen.

### **5. Deutsch-Israelische Gesellschaft Freiburg wirft Sumaya Farhat-Naser Antisemitismus vor**

Schuldekan i. R. Manfred Jeub und 28 Personen widersprechen. Freiburg, 24.5.2019

Sehr geehrter Herr Landesbischof Dr. Cornelius-Bundschuh, uns ist ein Schreiben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 20.5.2019 an Sie bekannt geworden, in dem massive Vorwürfe gegen die Veranstaltung der EEB Freiburg / Freitagsgespräch an der Ludwigskirche mit der Palästinenserin Frau Prof. Dr. Sumaya Farhat-Naser am 15.5. im Gemeindesaal der Ludwigsgemeinde erhoben werden.

Im Betreff wird behauptet: „*Statt Friedensarbeit werden antiisraelische Ressentiments geschürt*“, der Vortrag wird als „*einseitige, wahrheitsverdrehende, geschichtsklitternde Schwarzweiß-Darstellung*“ bezeichnet und der Referentin wird als Ziel „*die Dämonisierung Israels*“ unterstellt. Die Rede ist von „*zweifelhaftem Wahrheitsgehalt*“ und zum Schluss wird unter Bezugnahme auf die Antisemitismus-Broschüre der EKD der Vorwurf eines „*kaum verborgenen Antisemitismus*“ erhoben.

Wir waren Teilnehmer der Veranstaltung und können und wollen diese Behauptungen nicht unwidersprochen lassen. Daher geben wir als Augenzeugen folgende Gegendarstellung:

Die Veranstaltung zeugte von einem starken Interesse am Thema, denn der Gemeindesaal war überfüllt. Die Provokation von Israel-Aktivisten, die sich am Eingang postiert hatten, lief ins Leere. Sie wurden einbezogen und hatten Gelegenheit, Rückfragen an die Referentin zu stellen. Die Atmosphäre der Veranstaltung war, auch dank der umsichtigen Moderation durch Herrn Dekan i. R. Zobel, angenehm von Informationsbedürfnis und Sachlichkeit geprägt, das gerade Gegenteil von dem, was im DIG-Brief von „*ressentimentgeladen*“ und „*Hetze*“ zu lesen ist.

Frau Farhat-Nasers Vortrag war vor allem eine Lektion in gewaltfreier Kommunikation, die sie als über lange Jahre geübte Trainerin äußerst anschaulich vermitteln kann. Eindrucksvoll bekundete sie ihre tiefe Überzeugung, dass nur Gewaltlosigkeit zum Ziel eines Zusammenlebens in Gerechtigkeit und Frieden führen kann. Sie berichtete autobiografisch von Erfahrungen mit israelisch-palästinensischen Frauengruppen, wie überhaupt ein feministischer Akzent gesetzt war. Frau Farhat-Naser setzt ihre Hoffnung für die Zukunft ihres Volkes bei ihren derzeitigen Projekten auf die Bildungsarbeit mit Frauen. Der Vortrag gab natürlich auch (belegte) Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Palästinenser in den besetzten Gebieten; dies als Agitation gegen Israel darzustellen, ist abwegig. BDS war entgegen der Darstellung der DIG überhaupt nicht Thema. Auch Frau Farhat-Nasers Haltung zur Ein- oder Zweistaatenlösung wird böswillig entstellt; ihr kommt es vorrangig auf die Verbesserung der sozialen und Menschenrechtslage der Palästinenser an.

In dem Schreiben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sehen wir nicht nur die eingeladene palästinensische Mitchristen Frau Dr. Farhat-Naser böse und wahrheitswidrig diffamiert, so dass wir uns vor sie stellen möchten. Der erhobene Vorwurf gegen die Veranstalter, sich instrumentalisieren zu lassen und blind für Antisemitismus zu sein, ist ebenso empörend. Schließlich fühlen wir uns als Teilnehmer einer kirchlichen Bildungsveranstaltung vom Schreiben der DIG selbst betroffen. Wir sind mündige, urteilsfähige Menschen, die – anders als das Kirchenbild der DIG – nicht von *moralischen Instanzen* an die Hand genommen werden möchten. Vielmehr möchten wir vor allem die Informations- und Meinungsfreiheit in der kirchlichen wie nicht-kirchlichen Öffentlichkeit gewährleistet sehen."

## **6. Eine außergewöhnliche Aktion: die Regionalgruppen Osnabrück von DPG und DIG verliehen dem ausscheidenden VHS-Leiter die Ehrenmitgliedschaft**

Osnabrück. Der Leiter der Volkshochschule Osnabrück, Carl-Heinz Bösling, ist mit einer Ehrung ausgezeichnet worden, von der die Initiatoren hoffen, dass sie über den engen Kreis der Friedensstadt Osnabrück hinaus aufmerksam registriert wird.

Im Nahen Osten stehen sich Israelis und Palästinenser feindlich gegenüber, in Osnabrück gehen die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft und die Deutsch-Israelische Gesellschaft Hand in Hand. In einer gemeinsamen Urkunde ernennen die Regionalgruppen Carl-Heinz Bösling zum Ehrenmitglied beider Gesellschaften. Bösling sei es gelungen, dem politisch interessierten Publikum "die komplexe und heftig umstrittene Nahost-Problematik durch eine beispielhaft sachlich geführte und stets den Frieden und Ausgleich betonende Art und Weise näher zu bringen", heißt es in der Urkunde. Der VHS-Leiter habe sich, gestützt von Rat und Oberbürgermeister, nicht dem Druck von Kritikern gebeugt, die eine Absetzung von Veranstaltungen zum Nahost-Konflikt verlangt hatten.

Die Standhaftigkeit des VHS-Osnabrücks sei "bundesweit einmalig", sagte der Vorsitzende der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, Nazih Musharbash, bei der Übergabe der Urkunde. "In Osnabrück ist kein Thema tabu, und das haben wir Charly Bösling zu verdanken", so Musharbash. Bundesweit sind nach seinen Angaben 90 Veranstaltungen zu Nahost-Themen auch Druck von Kritikern abgesetzt worden.

Auch in Osnabrück gab es solche Debatten. Die "Werteinitiative" zum Beispiel, ein Verein mit Sitz in Berlin, die sich als "jüdische Stimme" in Deutschland versteht, [warf der VHS in Zusammenhang mit drei Veranstaltungen im vergangenen Jahr Parteinarbeit für die Palästinenser vor](#) und forderte die Absetzung aller Gesprächsabende.

Die VHS Osnabrück, die gerade ihr 100-jähriges Bestehen feierte, hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Diskussionsabende zum Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern veranstaltet. Hochkarätige Experten wie der Nahost-Korrespondent Jörg Armbruster beleuchteten den Konflikt von allen Seiten.

"Ich freue mich über die Ehrung", sagte Carl-Heinz Bösling, "aber eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass man miteinander redet." Er sehe mit Sorge, dass eine sachliche und vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit dem Nahost-Konflikt nicht überall in Deutschland möglich ist. "Dabei muss man gar nicht so sehr mutig sein. Hassmails kann man einfach wegeklicken", sagte Bösling.

<https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/1777855/ungewoehnliche-ehrung-fuer-osnabruecker-vhs-leiter-boesling>